

„Le doux commerce“ oder „jealousy of trade“?

von Axel Rüdiger



Titel Der moderne Staat und ‚le doux commerce‘

Untertitel Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen im politischen Denken der Aufklärung

Autor(en) Olaf Asbach (Hrsg.)

Land Deutschland

Erschienen Baden-Baden 2014: Nomos

Umfang 300 S.

Preis EUR 48,00

ISBN 9783848700837

Kommerz und Staat in der politischen Ökonomie der Aufklärung

Für den gegenwärtigen Bundespräsidenten des ‚Exportweltmeisters‘ Deutschland reimt sich Freihandel ebenso selbstverständlich auf Frieden wie Warentausch auf

Wohlstand. Im historischen Gedächtnis ist die *Open Door Policy* dagegen auch mit Kanonenbooten und ‚Hunnenrede‘ assoziiert. Was für die einen die zivilisierende Wirkung des Handels (*doux commerce*), ist für die anderen schlicht nackte Gewalt und eifersüchtige Konkurrenz (*jealousy of trade*) gewesen. Eine kritische Historisierung dieses Widerspruchs kann deshalb genauso wie seine soziale Kontextualisierung einiges zur politischen Aufklärung beitragen; etwa in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP).

Die ideologische Verflechtung der Rede vom *doux commerce* und der *jealousy of trade* hat eine Geschichte, die begrifflich bis ins 18. Jahrhundert auf Montesquieu und David Hume zurückgeht und die der Gegenstand des hier zu besprechenden Sammelbandes ist. Mit Autoren wie Albert O. Hirschman, John G.A. Pocock, John Brewer, Istvan Hont und zuletzt Michael Sonenscher hat die historisch-politökonomische Forschung Maßstäbe für die ideologiekritische Analyse dieses Zusammenhangs gesetzt, die von den abstrakten Gerechtigkeitstheorien liberal-konservativer Philosophie, etwa im Anschluss an John Rawls, nicht annähernd erreicht werden.¹ Letztere haben aber nicht nur in der deutschen Politikwissenschaft das Licht der historisch-kritischen Untersuchungen lange verdunkelt, sie stehen darüber hinaus auch im Verdacht, die binnen- und zwischenstaatliche Deterritorialisierung des aktuellen Finanzmarktkapitalismus legitimatorisch orchestriert zu haben.² Dabei wurde die These vom *doux commerce* zunächst auf die Behauptung reduziert, dass das handlungsleitende marktwirtschaftliche Interesse der Individuen mehr oder weniger automatisch vorteilhafte gesellschaftliche und politische Auswirkungen nach sich ziehe, um anschließend die neoliberale Deregulierungspolitik mit der philosophischen Autorität der Aufklärung (insbesondere von Montesquieu, Smith und Kant) auszustatten. Auf diese Weise wurde jene Deregulierungspolitik ideologisch aufgewertet, die seit einiger Zeit den in Institutionen wie dem Weltwährungsfond (IWF) oder der Welthandelsorganisation (WTO) verkörperten ‚Geist‘ der Welthandelspolitik dominiert und über die Verträge von Maastricht bis Lissabon auch Eingang in die Binnenstruktur der Europäischen Union gefunden hat.

Die von dem an der Universität Hamburg lehrenden Politikwissenschaftler und Ideengeschichtler Olaf Asbach herausgegebene und hier zu besprechende Textsammlung stellt in der Grundtendenz ein wirksames Gegengift gegen derartige ideologische Verengungen und ahistorische Instrumentalisierungen dar. „Die Erwartungen, die aus der Perspektive der These vom *doux commerce* für ein System friedlichen Wettbewerbs und wechselseitiger Bedürfnisbefriedigung in einem internationalen Positivsummenspiel zu sprechen scheinen“, so resümiert der Herausgeber, „stehen auf eine erstaunliche Weise quer zur historischen Erfahrung und Komplexität politisch-ökonomischer Argumentationen und Analysen im Jahrhundert der Aufklärung.“ (32) So erscheint der (Fern-)Handel in den naturrechtlichen und politökonomischen Debatten der Aufklärung ebenso als Ausdrucksform eines der natürlichen Soziabilität der Menschen innewohnenden Bedürfnisses (im ideengeschichtlichen Anschluss an Aristoteles und Pufendorf) wie

zugleich auch als ein antagonistischer Kampfplatz zwischen den Staaten im Kontext des frühmodernen Handelskapitalismus. Insofern war der *doux commerce*, wie Marc Bélissa schreibt, nicht nur im Falle des Sklavenhandels „beständig mit seinem Gegenteil konfrontiert, d.h. mit dem ‚tyrannischen‘ oder ‚despotischen Handel‘“ (230).

Das Buch ist über die Einleitung hinaus in drei Abschnitte gegliedert, die sich mit dem Aufstieg des Topos vom *doux commerce* im Aufklärungsdiskurs, mit seiner Apologie und Kritik sowie den durch die Französische Revolution bewirkten Veränderungen in der Debatte beschäftigen. Am Anfang steht der Beitrag des Abbé de Saint-Pierre zur *doux commerce*-These, die von Olaf Asbach als eine „politische Ökonomie des Friedens“ (39) entfaltet wird. Asbach präsentiert Saint-Pierre als „offensiven Verfechter der *commercial society*“ (65), der den Freihandel gleichwohl nicht voraussetzungslos, sondern nur mit entsprechender institutioneller Einbettung befürwortet und die natürliche Geltung marktwirtschaftlicher Symmetrie im Sinne eines „*capitalisme utopique*“ (Pierre Rosanvallon) zugunsten eines politischen Institutionalismus abgelehnt habe. Während Saint-Pierre in früheren Schriften Asbachs noch primär im Horizont von Rawls und Habermas als ideengeschichtlicher Referenzautor für den liberal-demokratischen Ausbau der Europäischen Union präsentiert wurde, erscheint er nun als Protagonist eines eingebetteten Liberalismus (besser wäre hier: Neomerkantilismus), der „vom Regen der moralistischen in die Traufe liberaler Illusionen gekommen“ sei (66).

Montesquieu als bekanntester Vertreter der Lehre vom *doux commerce* wird von Marco Platania vorgestellt. Im Anschluss an Hirschman würdigt er Montesquieus Leistung, die alte aristotelische Idee von der allgemeinen Nützlichkeit des Handels unter den Bedingungen des frühkapitalistischen Interessendispositivs reformuliert zu haben. Das Rechtsgefühl, das der aktive Handel mit sich bringt, habe Montesquieu für geeignet erachtet, den Antagonismus zwischen Tugenden und Leidenschaften zu suspendieren und in ein objektiv-neutrales Interesse zu transformieren. Wie bei Asbach kommt leider die insbesondere von Pocock und Hont herausgearbeitete Bedeutung der Integration des Handels in die Politik der Staatsräson, die zur Herausbildung des merkantilen „*fiscal-military state*“ (Brewer) führte, bei der Darstellung des Problemhorizonts zu kurz. Um die merkantilistische Logik der Handelskriege umzukehren, musste Montesquieu die Möglichkeit einer krisenfreien Kommerzgesellschaft unterstellen, was ihn aus der von Asbach adaptierten Perspektive Rosanvillons faktisch zu einem Vertreter des „*capitalisme utopique*“ macht. Nur unter dieser Voraussetzung konnte Montesquieu annehmen, dass der Handelsgeist außenpolitisch den Frieden und innenpolitisch die Mäßigung der Regierung begünstigen würde. Und obgleich er Platania zufolge im Handelsgeist das geeignete Kriterium erblickte, um sowohl Republiken als auch Monarchien von Despotien abzugrenzen, habe Montesquieu eine weitere Differenzierung vorgenommen, und den in Holland und England beheimateten republikanischen „*commerce d'économie*“ in wichtigen Hinsichten vom monarchischen „*commerce de luxe*“ französischer Prägung unterschieden. Letzterer basiere nicht auf einer einfachen partizipativen Regierungsform, sondern

funktioniere im monarchischen Kontext „als ein komplexer soziopolitischer Mechanismus der Gewährung von Rängen und Privilegien, die nicht als ungerechte Vorteile, sondern als spezifische Zuschreibungen von Befugnissen oder Begünstigungen an bestimmte soziale Akteure zu verstehen“ seien (79). Vor diesem Hintergrund sei auch Montesquieus Theorie der Mischverfassung zu verstehen, insofern sie die ‚einfache‘ republikanische Partizipation mit den ‚feinen Unterschieden‘ von Aristokratie und Monarchie kombiniert. Schließlich betont Platania die anspruchsvollen und von Montesquieu explizit formulierten kulturellen, historischen und politischen Voraussetzungen des *doux commerce*, die er als Hinweis auf den begrenzten Geltungsanspruch der Zivilisierungsthese im Werk Montesquieus deutet.

Für Bruce Buchan stellt Montesquieus These vom *doux commerce* ein theoretisches Bindeglied zwischen Kriegführung und Zivilisationsprozess dar, das David Hume dazu genutzt habe, um das Sicherheitsdenken über den maßgeblich von Thomas Hobbes abgesteckten Rahmen hinaus weiter zu entwickeln. Jenseits utopischer Friedenserwartungen habe Hume den *doux commerce* mit der realistischeren Idee des ‚sauberen Krieges‘ verbunden und damit zugleich das ahistorisch-statische Sicherheitsmodell von Hobbes‘ Naturrechtstheorie durch ein historisch-dynamisches Verständnis von Sicherheit ersetzt. Trotz dieser grundlegenden Differenz zu Hobbes habe jedoch auch Hume die Existenz einer stabilen und souveränen Herrschaft als Garant bürgerlicher Freiheiten vorausgesetzt. Diese Form von Herrschaft sei Hume zufolge in den zivilisierten Staaten Europas aus der historischen Verbindung von Monarchie und produktivem Kommerz hervorgegangen. Die zivilisierte Ausbalancierung von Herrschaftsgewalt und bürgerlichen Freiheiten setze innenpolitisch eine konstitutionelle Monarchie mit einer institutionalisierten Garantie des Privateigentums und außenpolitisch ein System autonomer Staaten voraus. Ausgehend von diesen grundsätzlichen Überlegungen habe Hume England aufgrund seiner Verfassung als eine Art Schutzmacht für die wechselseitige Sicherheit des europäischen Staatensystems betrachtet, während er die Hauptgefahr für die europäische Sicherheit von den imperialen Ansprüchen Frankreichs habe ausgehen sehen. Wenn schon nicht gänzlich abgeschafft, so könne der Krieg als historisches Phänomen doch immerhin zivilisiert, das heißt eingehegt werden. Für Hume habe die Form und Technik der Kriegführung daher als „Gradmesser von Zivilisation und Vermittler von Sicherheit“ gegolten (108). Im Gegensatz zu Adam Ferguson und anderen politischen Denkern in der Tradition des Republikanismus habe Hume deshalb mit Blick auf den Aspekt der Professionalität für ein stehendes Heer anstelle einer Bürgermiliz plädiert.

Den zweiten Teil, der mit „Aufklärung und Handel zwischen Apologie und Kritik“ überschrieben ist, eröffnet Céline Spector mit einer Darstellung von Rousseaus Kritik am *doux commerce*, wobei sie sich vor allem auf die Ausführungen in dessen unvollendet gebliebenen *Grundsätzen des Kriegsrechts* bezieht. Anstatt wie Montesquieu oder Jean-François Melon auf die Idee der Ablösung des Eroberungsgeistes durch den Handelsgeist zu setzen, habe Rousseau vielmehr die Idee der politischen Unabhängigkeit beziehungsweise Autarkie propagiert.

Angeichts der von wechselseitiger staatlicher Gewaltanwendung geprägten anarchischen Bedingungen im Regime der Staatsräson habe sich Rousseau damit sowohl gegen die Illusion einer rein juristisch-vertraglichen Pazifizierung des Völkerrechts als auch gegen die Utopie kommerzieller Zivilisierung gewandt. Anders als bei Montesquieu korrespondiere der innere Rechtszustand der Staaten bei Rousseau nicht zwangsläufig mit dem zwischenstaatlichen Recht. An die Stelle von Naturrecht und *doux commerce* könnten mit dem Selbsterhaltungsrecht des durch Gesellschaftsvertrag erzeugten Gemeinwillens nur ein positiver Grundsatz der Gerechtigkeit und das Kriegsrecht treten. Demnach sei alles gerecht, was der Gemeinwille zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit für notwendig erachtet, „doch nichts, was das beabsichtigte Ziel – nämlich die Zerstörung des feindlichen Staates, nicht aber seines Volkes – übersteigt, kann legitim sein.“ (131) Gleichwohl sei es Rousseau nicht gelungen, auf diesem Grundsatz der Autarkie des Gemeinwillens einen politischen Modus für eine republikanische Konföderation oder Friedensordnung zu finden, der auch kleineren Staaten ihr Existenzrecht garantiert hätte. Insofern sei Rousseaus Lösungsvorschlag unvollendet geblieben und letztlich nichts anderes als eine „Flucht aus der Politik“ gewesen (135).

Hans-Ulrich Thamer widmet sich dem Streit zwischen Physiokraten und Anti-Physiokraten in der französischen Spätaufklärung. Die Physiokraten (u.a. François Quesnay, Mirabeau, Dupont de Nemours) hätten die Wirtschaft nicht mehr als eine sekundäre sozio-politische Ordnung betrachtet, sondern als natürliche Grundordnung der Gesellschaft, was es ihnen ermöglicht habe, die Ökonomie von einer empirischen Haushaltslehre in eine umfassende Gesellschaftswissenschaft umzuwandeln. Ganz im Sinne des Konzepts des *doux commerce* beschreibt Thamer, wie die Physiokraten die Herrschafts- und Gesellschaftsordnung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionalisierten – und dabei zumindest implizit auch einen Zustand der Zivilisierung unterstellten –, wobei das Recht auf den freien Gebrauch des Privateigentums von ihnen mit der politischen Struktur der souveränen Monarchie synchronisiert worden sei. Gegen das *laissez faire*-Prinzip und den besitzindividualistischen Absolutismus regte sich jedoch der Widerstand der Anti-Physiokraten, von denen insbesondere Gabriel Bonnot de Mably und Simon Nicolas Linguet näher besprochen werden. Anders als etwa bei Sonenscher, der Mably und Linguet ebenso wie die Physiokraten in einen hoch fragmentierten republikanischen Zivilisationsdiskurs einordnet,³ werden diese hier aufgrund ihrer Kritik an den sozialen Folgen der physiokratischen Wirtschaftspolitik und insbesondere der Liberalisierung der Getreidepreise etwas vorschnell als Protagonisten einer traditionellen und rückwärtsgewandten ökonomischen Vorstellung gedeutet.

Matthias Bohlender beschäftigt sich mit dem Debattenbeitrag von Adam Smith, den er zwischen einer „Kritik der Staatsvernunft“ und einem „utopischen Kapitalismus“ situiert (157). Bohlender problematisiert Smith' berühmte Polemik gegen den Merkantilismus zunächst im Zusammenhang der englischen Kolonialpolitik. Dabei habe Smith die Doktrin des *doux commerce* ideologiekritisch aus dem korrupten Diskurs des Merkantilismus, der über die Doktrin der Handelsbilanz einseitig das

Interesse des Handelskapitals privilegierte, herausgelöst. Seine Kritik an der „ökonomischen Souveränität“ habe sich daher zunächst wesentlich auf den politischen Einfluss des Handelskapitals, das in Form der großen Handelskompagnien den Kolonialhandel beherrschte und dabei als Staat im Staate auftrat, bezogen. Ökonomisch legitimiert worden sei diese korrupte Herrschaft durch eine ideologisch verengte Definition des Reichtums mittels des im Handel erwirtschafteten Geldes. Da Smith diesen an die Handelsbilanz gebundenen Begriff des Reichtums – anders als von der Doktrin des *doux commerce* suggeriert – aber nicht für universalisierbar hielt, kam er laut Bohlender zu der Überzeugung, dass dieser korrupte Politikstil notwendig globale Handelskriege heraufbeschwören müsse. Die Lösung des aus dieser Verstrickung von Handel und Gewalt resultierenden Knotens habe er deshalb nur durch eine allgemeine Orientierung an der universalisierbaren Bilanz der Arbeitsproduktivität für möglich erachtet. Dazu habe Smith jedoch eine *civil and commercial society* als allgemeines Gesellschaftsmuster voraussetzen müssen, das er funktional nach den Einkommensquellen Lohnarbeit, Profit und Grundrente differenzierte. Nach Bohlender blieb jedoch auch dieser von Smith entworfene Lösungsvorschlag letztendlich utopisch, weil er sich unkritisch auf das doppelte Paradox einer herrschaftsfreien Klassengesellschaft und eines eurozentrischen Weltmarktes berufen habe. Mit Michel Foucault wird Smith' ökonomischer Liberalismus dabei als eine neue Form der Regierung (Gouvernementalität) beschrieben, die letztlich weder anti-imperial noch anti-kolonialistisch gewesen sei, sondern eine „Art meta- oder postkolonialen Paternalismus“ (158) in die kapitalistische Freihandelsdebatte eingeführt habe.

Emer de Vattels *Droit des gens* (1758) und dessen Rezeption steht im Mittelpunkt des Aufsatzes von Koen Stapelbrock und Antonio Trampus. Mit seinem Werk, so die beiden Autoren, habe Vattel für die Schaffung eines Mächtegleichgewichts plädiert, in dem auch kleinere Staaten einen sicheren Platz finden sollten. Dazu habe Vattel Christian Wolffs naturrechtlichen Topos der altruistischen Geselligkeit vom Individuum auf die Staaten übertragen und die ‚unnatürliche‘ Konkurrenz und Gewalt zwischen den Staaten als Folge falsch verstandener Eigeninteressen interpretiert. Ausgehend von diesen Prämissen sei es Vattel darum gegangen, sowohl die Staaten als auch die Menschen wieder auf ihre natürlichen Dispositionen zurückzuführen, die Vattel mit Wolff vor allem in der Hilfsbereitschaft, dem Glücksstreben und der Fähigkeit zur Vervollkommnung gesehen habe. Um die angestrebte ökonomische „Vervollkommnung“ der Staaten zu erreichen, habe Vattel vor allem die Synchronisierung von Produktions- und Zirkulationssphäre angestrebt und eine einseitige Privilegierung des Handels auf Kosten der Landwirtschaft untersagt. Wie Hume habe auch Vattel dem britischen Modell des internationalen Handels den Vorzug vor dem französischen gegeben, da ihm jenes im Gegensatz zu diesem bessere Möglichkeiten für die Anerkennung der Souveränität kleinerer Staaten zu eröffnen schien. Da Vattel die Anerkennung geltender Handelsverträge unter einen naturrechtlichen Vorbehalt gestellt habe, sei seine Rezeption in kleineren Handelsstaaten wie den Niederlanden oder Venedig, die unterschiedlich von aktuell geltenden Verträgen profitierten, sehr unterschiedlich verlaufen. So sei sein Werk in den Niederlanden nahezu ignoriert

worden, während es in Venedig mehrere kritisch kommentierte Auflagen erlebt habe.

Der interne Zusammenhang von politischer Ökonomie und Kolonialismus, der im Aufbau des Bandes von der Aufklärung zur Revolution überleitet, wird von Paul Cheney referiert. Cheneys Anliegen ist es, insbesondere die konstitutive Rolle herauszuarbeiten, die der Kolonialismus bei der Herausbildung der politischen Ökonomie als neuer Wissensform seiner Meinung nach spielte. So sei der Übergang von der Staatsräson zur politischen Ökonomie eng mit der staatlichen Expansion und der Herausbildung von kolonialen Imperien verbunden gewesen, wodurch die Frage nach einer sowohl zur Regierung des Mutterlandes als auch seiner kolonialen Peripherie geeigneten politischen Ordnung virulent geworden sei. Zur Zeit der Krise des imperialen Staatensystems in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hätten sich dabei insbesondere zwei Ordnungsentwürfe gegenübergestellt: Zum einen die Strategie der zusammengesetzten Monarchie (*composite monarchy*), die unterschiedliche Territorien auf der Grundlage relativer Autonomie locker miteinander verband, und zum anderen eine dualistische Hierarchie, die die koloniale Peripherie vom imperialen Zentrum aus dominierte (*pacte coloniale*). Im Zuge des Streits über die effizienteste Kolonialverwaltung habe sich die politische Ökonomie zu einem kritisch-autonomen Medium der Aufklärung entwickelt, in dem schließlich der ‚fiscal-military state‘ selbst in Frage gestellt und Gegenstand von Reformstrategien geworden sei. Die Merkantilismuskritik bei Smith und den Physiokraten wird von Cheney deshalb auch primär als Kritik am Ancien Régime des ‚fiscal-military state‘ interpretiert. Um die wachsende Staatsverschuldung durch die explodierenden Verteidigungsausgaben für die Kolonien und den Einfluss des merkantilen Finanzkapitals auf den Staat einzudämmen, hätten die Physiokraten ebenso wie Smith für die Autonomiesierung der Kolonien in einem ‚transatlantischen Imperium‘ mittels gleichberechtigtem Freihandel plädiert und sich darüber hinaus auch für das Verbot des hochspekulativen Sklavenhandels eingesetzt.

Inwieweit die Französische Revolution auch eine Revolution in der Ordnung des Handels zu sein beanspruchte, führt der Text von Marc Bélissa vor. Ihm zufolge vollzog sich der revolutionäre Versuch, die „alte Diplomatie der Könige“ durch eine „Diplomatie des Handels“ im Dienste des Volkes abzulösen (229), in drei Etappen. Zwischen 1789 und 1792 sei es den Revolutionären zunächst darum gegangen, den Außenhandel mit dem Prozess der Verfassungsgebung zu verbinden, wobei die miteinander konkurrierenden politischen Fraktionen unterschiedliche Modelle für die neue französische Strategie im globalen Handel favorisiert hätten. Während eine Fraktion um Brissot und Clavière auf eine Handelsallianz mit England gesetzt habe, habe eine andere (die u.a. von Claude-Charles Peyssonnel publizistisch vertreten wurde) den Moment für günstig befunden, um endlich die englische Hegemonie über die Weltmeere effektiv in Frage zu stellen. Von eher linker Seite habe man hingegen die Forderung vertreten, endlich das alte Zivilisierungsversprechen des *doux commerce* im Rahmen einer universalen Republikanisierung des allgemeinen „Verkehrs der Menschheit“ einzulösen. In der

Zeit zwischen 1792 und 1794 sei diese Debatte unter den Bedingungen des Revolutionskrieges fortgesetzt worden, wobei man im Handel nun eine republikanische Waffe gegen den maritimen Handelsdespotismus Englands gesehen habe. Gegen den Widerstand der Gironde habe die jakobinische Revolutionsregierung in dieser Zeit das von G.J.A. Ducher entworfene Projekt einer französischen Navigationsakte durchgesetzt. Mit den militärischen Erfolgen und der territorialen Expansion zwischen 1795 und 1798 hätten sich die Rahmenbedingungen für die revolutionäre Republikanisierung des Handels schließlich abermals verändert. Gegen die in ihren Augen tyrannische englische Handelspolitik, die ihnen untrennbar mit Krieg und Sklavenhandel verbunden zu sein schien, hätten französische Publizisten und Politiker wie Charles Thérémín, Bertrand Barère und Xavier Audouin eine allgemeine Demokratisierung des Handels (*démocratie commerciale*) sowie ein gegen England gerichtetes republikanisches Bündnis souveräner Staaten gefordert, das unter Führung Frankreichs für die Rückkehr zum Naturrecht und für die Durchsetzung des Völkerrechts kämpfen sollte.

Die Anordnung der bisher vorgestellten Beiträge des Sammelbands bietet beste Voraussetzungen für die politische Kontextualisierung von Kants geschichts- und rechtsphilosophischer Diskussion der Kommerzgesellschaft, deren Darstellung Dieter Hüning übernimmt. Hüning zufolge fasste Kant in seinem Aufsatz über die *Idee einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* (1784) die bis dahin vorgebrachte Apologie und Kritik der Kommerzgesellschaft aus geschichtsphilosophischer Perspektive zusammen und brachte deren paradoxe geschichtsbildende Dialektik mit dem Oxymoron der „ungeselligen Geselligkeit“ auf den Begriff. Auf diese Weise habe Kant dem Widerstreit zwischen *jealousy of trade* und *doux commerce* eine fortschrittliche Bewegungsform verliehen, in der der Umschlag der pathologischen Bosheit (Ehrsucht, Herrschsucht und Habsucht) in Moralität stets möglich blieb, so dass der teleologische „Naturzweck“ mit der „moralisch-practischen Vernunftidee“ in Übereinstimmung gebracht werden konnte. Hüning zitiert in diesem Zusammenhang auch jene Stelle, in der Kant gegen die pessimistische Perspektive von Hume und Rousseau die kommenden „Revolutionen“ optimistisch als politische Umschlagpunkte für die Erreichung eines „allgemeinen weltbürgerlichen Zustandes“ interpretiert. In der Friedensschrift von 1795 – die parallel zu den französisch-preußischen Friedensverhandlungen erschien, die im selben Jahr zum Separatfrieden von Basel führten – sei Kant nochmals auf die Idee der „ungeselligen Geselligkeit“ zurückgekommen, um hieraus nun die rechtsphilosophische Tendenz hin zu einer internationalen Friedensordnung zwischen den Staaten abzuleiten, die anzustreben er als unbedingte Pflicht erachtete. Abschließend kommt Hüning zu dem Urteil, dass sich zwar Kants Hoffnung auf die Verrechtlichung der modernen Staatenwelt mittlerweile weitgehend erfüllt habe, dass aber die pazifizierende Tendenz des Rechts durch die von Kant noch unterschätzte Dynamik der Kapitalakkumulation durchkreuzt worden sei. So habe sich Kant, anders als nach ihm Hegel und Marx, die Übertragung der utilitaristischen Kommerzideologie auf die allgemeine Staatspolitik mit Hilfe des Nationalismus noch nicht vorstellen können. Hüning zufolge blieb Kant „eher der naiven Auffassung verhaftet, dass die *Bourgeois*

Bourgeois bleiben und gerade aus ihrem kommerziellen Kalkül und ihrem partikularen ökonomischen Interesse Hoffnung geschöpft werden könne.“ (S. 270) Tatsächlich ist diese Hoffnung mit der vollständigen Kommerzialisierung des Staatsbürgers, die den *Citoyen* zum ‚Selbstunternehmer‘ degradiert und den politischen Staat der bürgerlichen (Kommerz-)Gesellschaft ausliefert, jedoch geplatzt.

Seinen gelungenen Schlusspunkt und zugleich einen von mehreren interpretatorischen Höhepunkten findet der Band in Isaac Nakhimovskys Fichte-Aufsatz, der dramaturgisch perfekt an die vorausgegangenen Beiträge anschließt. Wenn Kant in seiner Friedensschrift das „inhospitable Betragen“ insbesondere der englischen und niederländischen Handelsstaaten rügte und die Abschottungspolitik von China und Japan lobte, dann deutete sich darin eine (übrigens auch schon von Hüning bemerkte) Distanzierung gegenüber England an, die Nakhimovsky zufolge geeignet war, den Austritt Preußens aus der antifranzösischen Kriegscoalition von 1795 zu rechtfertigen. Der republikanische Charakter der Friedensidee sei daher eher französisch als englisch eingefärbt. Während Kant aber auf der Position der preußischen Neutralität beharrt und alle weiterführenden Kontakte zur französischen Seite (insbesondere zu Sieyès) abgelehnt habe, habe sich Fichte dafür höchst aufgeschlossen gezeigt und in der Folge ein aktives Bündnis mit Frankreich propagiert. Obwohl Fichte sich in seinen Frühschriften als radikaldemokratischer Kritiker des Staates hervorgetan habe, sei er nun bereit gewesen, Kants rechtslogische Integration des Staates in die kosmopolitische Friedensordnung zu akzeptieren, wobei er diese in seiner Naturrechtsschrift von 1796 an den Prinzipien der französischen Außenpolitik ausgerichtet habe. Der von Fichte entworfene Völkerbund ähnele nicht von ungefähr der französischen *démocratie commerciale*, die gegenüber Aggressorstaaten auch Präventivschläge für zulässig hielt. Mit der Schrift *Der geschlossene Handelsstaat* (1800) reagierte Fichte laut Nakhimovsky schließlich auf den von Sieyès präsentierten „*plan de républicanisation*“, der vorsah, die deutschen Kleinstaaten mit preußischer Hilfe aus ihrer englischen Abhängigkeit in Fragen des Kredit- und Handelswesens zu befreien. Um aber die *jealousy of trade* als ökonomische Wurzel des Krieges beseitigen zu können, habe Fichte die republikanische Transformation des ‚fiscal-military state‘ des Ancien Régime in einen ‚geschlossenen Handelsstaat‘ für notwendig erachtet – und damit auch die Entkoppelung der Staatswirtschaft von europäischer Machtpolitik. Laut Nakhimovsky schloss Fichte mit diesem Konzept an eine längere ökonomische Denkströmung des 18. Jahrhunderts an, deren Vertreter (u.a. John Law, Mably, beide Mirabeau, Sieyès sowie in Preußen Carl August von Struensee und Friedrich Buchholz) zur Bekämpfung der *jealousy of trade* vor allem auf das moderne Finanzwesen setzten.⁴

In seiner Gesamtheit liefert der Sammelband eine vorzügliche Einführung in das Verhältnis von Politik, Ökonomie und internationalen Beziehungen im Denken der Aufklärung. Er verbindet auf vorbildliche Weise die methodische Kombination von philosophischer Rekonstruktion, politischer Kontextualisierung und historisierender Problematisierung. Hoch erfreulich und zu loben ist auch die gelungene Auswahl

der Autorinnen und Autoren, die mit ihren kompetenten Beiträgen den aktuellen Stand der internationalen Forschung in seiner ganzen Vielfalt und Komplexität abbilden und nicht nur der politischen Ideengeschichte, sondern auch der hierzulande manchmal etwas zu ‚schöngeistigen‘ Aufklärungsforschung wichtige Impulse verleihen.

Die Modernität der Aufklärungsdebatte kommt dabei gerade durch ihre radikale Historisierung zum Ausdruck, die ideologiekritisch mit jenen abstrakt-liberalen Gerechtigkeitstheorien bricht, von denen manche den kapitalistischen Weltmarkt heute immer noch zum Motor von Frieden und Fortschritt hypostasieren. Anstatt die Texte lediglich als Beiträge zu moralischen Diskursen oder als Versuche der Grundlegung beziehungsweise Legitimation einer normativen zwischenstaatlichen Ordnung zu analysieren, werden sie von den meisten Beiträgern des Sammelbandes – oft nach dem Vorbild von Foucault, der Cambridge School oder auch Pierre Bourdieu – als gezielte Interventionen in laufende politische Debatten interpretiert. Das heißt jedoch nicht, dass die Texte dadurch ihre philosophisch-universale Dignität einbüßen würden. Ganz im Gegenteil. Der moderne Universalismus der Aufklärung, der uns auch heute noch direkt anzusprechen vermag, erscheint in diesem Rahmen vielmehr als diskursiver Spieleinsatz der einander widerstreitenden Positionen des *doux commerce* und der *jealousy of trade*. Es ist der politische Umgang mit diesem ‚realen‘ Antagonismus, der in der dialektischen Formel der „ungeselligen Geselligkeit“ auf den modernen Begriff gebracht wird und dadurch rückwirkend *die* Aufklärung hervorbringt. Kurzum: Das Buch enthält sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der methodischen Ebene wertvolle Anregungen für die politiktheoretische und ideengeschichtliche Forschung in Deutschland, der es zudem die Chance eröffnet, auf einem wichtigen Gebiet wieder Anschluss an die kritischen Standards der internationalen Forschung zu finden. Darüber hinaus bereitet es hoffentlich den Boden für zahlreiche weitere Untersuchungen.

Fußnoten

1[□] Vgl. John Brewer, *The Sinews of Power. War, Money and the English State, 1688-1783*, London 1989; Albert O. Hirschmann, *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt am Main 1987; Istvan Hont, *Jealousy of Trade. International Competition and the Nation-state in Historical Perspective*, Cambridge 2005; John G.A. Pocock, *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton, NJ 1975; Michael Sonenscher, *Before the Deluge. Public Debt, Inequality, and the Intellectual Origins of the French Revolution*, Princeton, NJ 2007.

2[□] Siehe hierzu Raymond Geuss, *Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift*, Hamburg 2011.

3[□] Vgl. Sonenscher, *Before the Deluge*, S. 239-253.

4[□] Siehe hierzu ausführlich Sonenscher, *Before the Deluge*, sowie ders., „Property, Community and Citizenship“, in: Mark Goldie und Robert Wokler (Hrsg.), *The*

Cambridge History of Eighteenth-Century Political Thought, Cambridge, S. 465–496.
Zur Diskussion in Preußen vgl. Axel Rüdiger, „Staatsschuld, Verfassung und
Revolutionsprävention: Friedrich Buchholz und der Beginn der Sozialwissenschaft“,
in: *BEHEMOTH. A Journal on Civilisation* 4 (2011), 2, S. 127–149.